

Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

1	Allgemeine Angaben zum Bericht
1.1	Arbeitsgremium: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz Ansprechperson/Tel.-Nr.: LAI-Geschäftsstelle Andreas Wege / 0421 361-9565 E-Mail: LAI@Umwelt.Bremen.de
1.2	Bezeichnung des Berichts: Leitfaden für die Genehmigung von Standortschießanlagen
1.3	Die Thematik des Berichts ist ☐ neu ☒ wegen sachlicher Änderungen neu erfasst
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts Die vorliegende Fassung stellt eine Fortentwicklung des Leitfadens vom 19.05.2015 dar. Der Leitfaden regelt die Zusammenarbeit zwischen den für den Betrieb der Standortschießanlagen zuständigen Stellen im Geschäftsbereich des BMVg und den Genehmigungsbehörden der Länder. Er regelt außerdem Zuständigkeiten, Anforderungen sowie Maßnahmen, Verantwortlichkeiten, Abläufe und Aufgaben zur Genehmigung und Überwachung von Standortschießanlagen. Ziel des Leitfadens ist es, vor dem rechtlichen Hintergrund die gängige Verfahrenspraxis eines Genehmigungsverfahrens für Schießstände für Handfeuerwaffen und Schießplätze der Bundeswehr aufzuzeigen.

2	Notwendigkeit des Berichts
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt / (Ziel): Es soll die gängige Verfahrenspraxis eines Genehmigungsverfahrens für Schießstände für Handfeuerwaffen und Schießplätze der Bundeswehr aufgezeigt werden.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund: Verbesserung und Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen den für den Betrieb der Standortschießanlagen zuständigen Stellen im Geschäftsbereich des BMVg und den Genehmigungsbehörden der Länder.
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag: Die Amtschefkonferenz nimmt den „Leitfaden für die Genehmigung von Standortschießanlagen“ in der Fassung vom 03. September 2018 zur Kenntnis und stimmt einer Veröffentlichung zu.

3	Analyse von Konfliktpotenzial
----------	--------------------------------------

Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen	
(bitte betroffene Gruppe angeben)	(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)
Bund	Keine
Länder	Keine
Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine
Bürgerinnen und Bürger	Keine
Sonstige	Keine

4 Kostenfolgenabschätzung

4.1 Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht?
(Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angeben)

(bitte betroffene Gruppe angeben)	Personal-kosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrens-kosten)	A	B
Bund	Keine			Keine		
Länder	Keine			Keine		
Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine			Keine		
Bürgerinnen und Bürger	Keine			Keine		
sonstige	Keine			Keine		

Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern:

Es wurde nicht ermittelt, welcher Aufwand in der Vergangenheit aus der Anwendung des bisherigen Leitfadens entstanden ist und ob der Aufwand für die Anwendung des hier vorgeschlagenen Leitfadens höher oder geringer ist. Allerdings führt der Leitfaden zu qualitativ einheitlicher, transparenter und insgesamt optimierter Zusammenarbeit in Genehmigungsverfahren.

4.2 Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft?
(bitte Ergebnis darstellen)

Nicht erforderlich.

5 Alternativen

5.1 Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses:

Die Zusammenarbeit zwischen den für den Betrieb der Standortschießanlagen zuständigen Stellen im Geschäftsbereich des BMVg und den Genehmigungsbehörden der Länder würde erschwert werden.

5.2 Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft:

Keine.